

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: C. G. Landwehrstr. 34/35 (Spröckg. 6-8 Ufr)
Telefon: Kunt Marktplatz 12879

Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal.

Verbreitung und Inseratannahme: Berlin C 14
C. G. Landwehrstr. 34/35 (Telefon: Marktplatz 12879)

Der Postversand erfolgt für Ostpreußen 3 und Ostbalt 3 und für den Rest 10.— Bfr. für Postversand nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Die Postgebühren sind 1.00 Bfr. für die Post und 0.20 Bfr. für die Postgebühren. Die Postgebühren sind 1.00 Bfr. für die Post und 0.20 Bfr. für die Postgebühren.

Beigeklebt von
Carl Siebhardt und Rosa Zugenburg

Verlagspreis: 10 Bfr. pro Nummer. Die jährlichen Postgebühren betragen 100 Bfr. pro Nummer. Die jährlichen Postgebühren betragen 100 Bfr. pro Nummer.

Der Kampf in den Gewerkschaften

Berlin, den 12. Februar.

Es ist niemand an verantwortlicher Stelle in der deutschen Arbeiterbewegung, der in Abrede stellt, daß die Lage der ganzen Arbeiterklasse sich immer mehr verschlechtert. Niemand mag zu bestreiten, daß seit November 1918 sich das Verhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie zugunsten der Bourgeoisie verschoben hat. Es kann auch gesagt werden, daß weit über die Grenzen der Kommunisten hinaus die Überzeugung lebt, daß die bisherigen Kampfmittel der Arbeiterschaft nicht mehr ausreichen. Hat doch selbst der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in seiner Dezentralen Tagung einstimmig die Unzulänglichkeit der bisherigen Gewerkschaftspolitik festgestellt.

Oberflächlich gesehen ist es unlogisch und unbedenklich, daß die Gewerkschaftsbürokratie in einer solchen Situation zur Generaloffensive gegen die Kommunisten übergeht. Dieser Widerspruch ist aber nur scheinbar. In der Tat steht die objektive Lage nicht nur in keinem Widerspruch zu dem Zreiben der Gewerkschaftsbürokratie, sondern die zugehörige Lage hat geradezu das Bestreben der Gewerkschaftsbürokratie verurteilt.

Der wachsende Zerfall des Kapitalismus, die Verdrängung der Bourgeoisie, ihre Verdrängung, löste es, was es wolle, zu behaupten, bedingen eine ständig fortschreitende Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Psychologie der Massen ist aber anders wie vor dem Kriege. Die Bourgeoisie selbst war während des Krieges gestiegen, als es für sie galt, die letzte Kraft aus dem Proletariat herauszuholen, den Arbeiter ihre ausschlaggebende Bedeutung im Produktionsprozess zu demonstrieren. Und der größte politische Gewinn der Novemberrevolte besteht zweifellos darin, daß in ihrem Verlauf jeder Geist der Beibehaltung, jeder Geist, der nach einem Ausspruch von Engels seit dem Dreißigjährigen Kriege die Deutschen kennzeichnete, einen tödlichen Stoß erhalten hat. Alle festgesetzte Anschauungen der Massen kamen ins Wanken. Die veränderte Psychologie der Massen äußerte sich zunächst in einem gewaltigen Zustrom in die Gewerkschaften. Einzelne Gewerkschaften hatten in kurzer Zeit eine mehrfache Steigerung ihrer Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die Gewerkschaften, die vor dem Kriege nur die fortgeschrittenen Arbeiter und Angestellten in ihren Reihen hatten, umfassen heute das Gros der Arbeiter. Und diese Tatsache verpflichtet.

Dem nicht aus Begeisterung über die Kriegspolitik der Generalkommission fördern die Massen in die Gewerkschaften. Sie verlangen von den Gewerkschaften, daß sie ihnen im Kampf gegen Hunger und Elend, gegen Unternehmervillfür beistehen, und sie vor weiterer Verelendung schützen. Dazu sind aber die Gewerkschaften mit ihrer alten Politik, an der sie heute noch ausnahmslos festhalten, nicht mehr imstande. Der Gewerkschaftsführer der Vergangenheit konnte seine Aufgabe um so besser erfüllen, je eingehender und genauer er die Verhältnisse seines Berufs und die Lage der gesamten Industrie kannte. Die wirtschaftlichen Kämpfe waren äußerst kompliziert, und ihre Leitung setzte Erfahrungen voraus, die nur in vieljähriger praktischer Tätigkeit erworben werden konnten.

Mit diesen Kenntnissen ist heute nichts mehr anzufangen. Die Massen lassen sich, wenn es ihnen zum Erbarmen schlecht geht, nicht überzeugen, daß sie aus tatsächlichen Gründen auf den Kampf gegen die Unternehmer verzichten müssen, weil die Gewerkschaften erst bei aufsteigender Konjunktur mit Aussicht auf Erfolg kämpfen können. So wirft die Verleumdung der Massen gegen ihre Verelendung, gegen die Verdrängung der Kapitalisten, die Arbeiter völlig zu verblenden, die Berechnungen der Gewerkschaftsführer mit elementarem Gewalt über den Hausen. Bald da, bald dort, rebellieren die Arbeiter in wilden Streiks gegen den drohenden Untergang und gegen den Vorkost der alten Gewerkschaftspolitik.

Die alten, erfahrenen Gewerkschaftsführer sind verzwweifelt. Ihre schlauesten Berechnungen werden zertrümmert vom Lebenswillen der hungernden Massen. Unfähig, zu begreifen, daß die Todeshunde des Kapitalismus gekommen ist, daß eine Verdrängung der „Konjunktur“ nur nach der Verdrängung des Kapitalismus erfolgen kann, verfallen die Gewerkschaftsführer in denselben Fehler, wie jenerzeit die Bourgeoisieführer, die jede Bewegung des erwachenden Proletariats auf „sozialdemokratische Seher“ zurückzuführen. Für die Gewerkschaftsführer ist es eine feststehende Tatsache, daß die Führung des Proletariats nur eine Folge der kommunistischen Sache ist. Deshalb ihre maßlose Abneigung gegen die Kommunisten und gegen alle, was von ihnen ausgeht.

Hingzu kommt noch ein anderes. Die Gewerkschaftsführer sind in ihrer Mehrzahl davon überzeugt, daß die Kommunisten die Gewerkschaften spalten wollen. Zu unseren Erklärungen, daß wir nicht daran denken, sehen sie nur einen schlaun Schwachsinn. Diese Auffassung spiegelt sich sehr klar wieder in Aufregungen, die von Brandes auf der Beiratsitzung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gemacht wurden. Brandes sagte: „Unsere Kollegen, die der Dritten Internationale angehören, bestritten dies ganz (daß sie die Gewerkschaften spalten wollen),

Die Straßhunder Arbeiter für den Offenen Brief

Zu einem glänzenden Erfolge gestaltete sich die zum Donnerstag, den 10. Februar, von der D.A.P.D. im Gewerkschaftsbau einberufene Versammlung. In der Stellung genommen wurde zum Offenen Brief der D.A.P.D. Zu der Versammlung waren die Vorstände der D.A.P.D. und der U.S.P. persönlich eingeladen. Die D.A.P.D. hatte den Versuch gemacht, die Versammlung dadurch zu sabotieren, daß sie am selben Abend eine Mitgliederversammlung einberief. Sie tat uns dadurch allerdings gar keinen Abbruch, unterließ vielmehr nur noch die schon längst bekannte Tatsache, daß sie in Straßhunden völlig abgewiesener Art hat. Ganze 30 Mann ließen sich hinter verschlossenen Türen belehren über die Haltung, die ein braver Rechtssozialist einnehmen muß. Vertreter war nur die U.S.P. Nachdem Herr Fris Sellmann in Berlin die Forderungen des Offenen Briefes im einzelnen erläutert hatte, nahm für die U.S.P. Herr Kunze das Wort. Seine ganzen Einwände gegen die von uns angeführte Einheitsfront der Arbeiterklasse bestanden in der Aufzählung des angeblich von uns in U.S.P.-Versammlungen ausgeübten Terror. Mit diesen aus der Luft gegriffenen Phantasereien vermochte er nicht einmal seinen treuen U.S.P.-Leuten zu imponieren. Das geigte sich, als unser Gen. Kirchmann, nachdem er ihn gebührend hatte ablaufen lassen, die nachstehende Resolution einbrachte. Diese wurde einstimmig angenommen. Nicht einmal Herr Kunze wagte da gegen zu stimmen. Er hatte wohl mit Recht selber den Einbruch bekommen, daß er die Versammlung schon durch seine Ausführungen zur Geringe provoziert hatte. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die am 10. Februar 1921 tagende, von über 900 Personen besetzte öffentliche Versammlung im Gewerkschaftsbau Straßhunden stellt sich geschlossen auf den Boden des von der D.A.P.D. vorgeschlagenen Offenen Briefes. Sie hält die darin angeführten Forderungen für die einzig mögliche Grundlage, um die Einheitsfront des Proletariats herbeizuführen und fordert bei Mitgliedern aller Parteien und Gewerkschaften auf, von den Lehren ihrer Organisationsleiter die Einleitung solcher Verhandlungen auf der Grundlage des Offenen Briefes zu verlangen.“

Zum Schluß wies Gen. Kirchmann noch darauf hin, daß die bitter notwendige Einigung des Proletariats nicht durch fromme Wünsche, sondern nur durch ein einheitliches Ziel, das von Führern und Massen mit festem Willen erstrebt, durchgeführt werden kann. Mit einem darauf aufzunehmenden Hoch auf die Weltrevolution wurde die erfolgreiche Versammlung geschlossen.

Große Arbeitslosenversammlung in Paris

Paris, 10. Februar.
8000 Arbeitslose haben an der letzten, von dem Gewerkschaftsverband des Seine-Departements einberufene Versammlung teilgenommen. Nach der Versammlung wollten die Arbeitslosen einen Hungerstreik machen, was werden sie durch das Militär daran verhindert. Polizei und Militärbesatz verhinderten ihnen den Zugang zu den großen Boulevards. Einem Teil der Menge ist es doch gelungen, um das Stadtzentrum zu gelangen und dort gegen die arbeitserneuerliche Politik der Behörden zu demonstrieren.

Die Arbeitslosigkeit in England

„Information“ meldet zur Veranschaulichung der Arbeitslosigkeit in England, daß die Zahl der nicht vollbeschäftigten Arbeiter im Vereinigten Königreiche auf 718.500 Männer, 288.100 Frauen, 43.700 junge Leute und 45.700 junge Mädchen geschätzt werde.

Sawinkow agitiert weiter gegen Sowjetrußland

Der „Robotnik“ berichtet: Das russische politische Komitee, dessen Vorsitzender Sawinkow ist, wurde ge-

mäß den Bestimmungen des Bogaer Vorfriedens tatsächlich aufgelöst. Doch erschien es gleich nach der „Auflösung“ in einer anderen Form. Es nennt sich jetzt russisches Evaluationskomitee. Dieses Komitee, an dessen Spitze abermals Sawinkow steht, erhielt von der polnischen Regierung 20 Millionen Rubel als Unterstüßungsfonds für die Internierten zugewiesen. Dieser Fonds wurde natürlich nicht für die Internierten, sondern für politische Agitationszwecke verwendet. Sawinkows Hauptgeschäft besteht darin, alarmierende Nachrichten über den Anstieg der Bolschewisten im Frühjahr zu verbreiten. Zugleich steht er in inniger Verbindung mit den verschiedenen monarchistischen Gruppen in Deutschland, die ihre Sendboten natürlich mit Erlaubnis der polnischen Regierung nach Warschau schicken. Jetzt beschäftigt die polnische Regierung, dieses „Komitee“ mit weiteren 15 Millionen, Markt zu unterstützen.

Wina als Weißgardistenzentrum

Eine Warnung des Tschechens
W.L.B. Wiga, 9. Februar.

Tschechens hat dem litauischen Generalen in Wostka eine Note überreicht, in der es heißt, Wina sei der Sitz weißgardistischer Elemente geworden und der Völkerverbund sollte Truppen nach Wina entsenden, weswegen man eine Intervention beschließen könne. Zum Schluß äußert er die Überzeugung, daß die litauische Regierung Schritte unternehmen werde, um die Truppen des Völkerverbundes nicht nach Wina zu lassen, weil das die Sicherheit Litauens gefährde. Wenn auch durch den Bräunlingarischen von Wiga die Zugehörigkeit der Gebiete zu Polen oder Litauen durch diese Staaten entschieden werde, so müßte, solange Polen und Litauen nicht geneigt hätten, der russisch-litauische Vertrag auch für Wina maßgebend sein.

Eine neue Stimmungsgefahr

Mit äußerstem Raffinement wird in der nationalpolitischen Presse die Stimmungsgefahr für die bevorstehende Abstimmung in Österreich betrieben. Kein Tag vergeht, wo sie nicht eine besondere Sensationsmeldung in petto hat, sie scheint hierin einen unergründlichen Vorrat zu besitzen. Zur Zeit ist wieder einmal von einer Verdrängung unserer Grenze durch polnische Truppen die Rede. Insgesamt sollen 112.000 Mann polnischer Truppen zusammengezogen sein, bestimmt zu einem Überfall auf die deutsche Grenze. So wenig wir uns über die Raubnarbe des polnischen Imperialismus im unklaren sind und durchaus wissen, daß die Abstimmungsergebnisse kein unverrückbares Feitzeug sind, so sehr läßt die Vermutung, in der die gänzlich unkontrollierbaren Meldungen gegeben werden, viel zu deutlich den damit verfolgten Zweck erkennen, daß das ihm eine allzu große Bedeutung beigemessen wäre. Bedeutung haben sie nur insofern, als die Arbeiterschaft getarnt werden muß, auf diese nationalpolitischen Treibenereien hineinzufallen.

Achtung! Erweiterte Metallarbeiterschaft des D.M.V.

Sonntag, den 13. d. M., 9½ Uhr, Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen über das Kohlenabkommen.
Zutritt nur gegen Vorlegung der mit Verbandsstempel versehenen Karten und des Mitgliedsbuchs. Lokal wird in der Presse bekanntgegeben.

• oder in ihren politischen Beziehungen wird das ganz offen ausgesprochen. ... National handelt man zuerst nach der Methode von Lenin. Man verschmiegelt und leugnet ab. Aber es ist ganz unmöglich, national zusammenzubringen, wenn diejenige Seite international aussehendergeht.“

Brandes ist zweifellos von dem, was er sagt, innerlich überzeugt. Woher nun diese Einstellung? Sie ist die logische Folge einer sehr einfachen Tatsache. Brandes und die große Mehrzahl seiner Kollegen vermag nicht zu erkennen, den Unterschied zwischen einer Partei und einer Gewerkschaft. Die Spaltung der sozialdemokratischen Parteien in allen Ländern war notwendig. Die Trennung der Kommunisten von den Opportunisten aller Schattierungen unabweislich. Dabei ist es vollkommen gleichgültig, wer die Initiative zur Durchführung des Unvermeidlichen ergreifen hat. Wenn in einer Partei, d. h. einer Vereinigung von Menschen gleicher Weltanschauung zwecks Erreichung eines bestimmten politischen Zieles grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, müssen diese entweder ausgeglichen werden oder, wenn sich das als unmöglich erweist, muß die Partei gespalten werden, weil sie nur bei grundsätzlicher Übereinstimmung ihrem Zweck, dem Proletariat führend voranzugehen, gerecht werden kann.

Anderer die Gewerkschaften. In diesen sind die Arbeiter nicht auf Grund einer bestimmten Weltanschauung, sondern zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele. Der Unterschied zwischen Partei und Gewerkschaft ist von uns schon auf dem Heidelberger Parteitag im

Oktober 1919 scharf betont und wie folgt in den ausgenommenen Leitfaden formuliert:

„Die politische Organisation der P.P. hat zur Aufgabe die Sammlung der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Programms der D.A.P.D.“

Die wirtschaftliche Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung des gesamten Proletariats, das das Objekt kapitalistischer Ausbeutung ist.“

Grundlage der politischen Organisation ist der gemeinschaftliche Wille zur Erreichung eines künftigen politischen Zustandes. Grundlage der gewerkschaftlichen Organisation ist die Tatsache eines bestehenden wirtschaftlichen Zustandes.“

Aufgabe der politischen Organisation ist die Führung im politischen Kampfe. Diese Aufgabe kann von einer Minderzahl gelöst werden.

Aufgabe der wirtschaftlichen Organisation ist die Durchführung des Kampfes selbst. Diese Aufgabe kann nur von geschlossenen proletarischen Massen gelöst werden.“

Diese Auffassung, die uneingeschränkt auch für die D.A.P.D. gilt, hat sich das Bürgerium längst in der Praxis zu eigen gemacht. Es gibt eine ganze Anzahl politischer Parteien des Bürgeriums, die sich manchmal sehr heftig bekämpfen, aber in den wirtschaftlichen Organisationen des Bürgeriums sind alle Kapitalisten vereinigt, ohne jede Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit. Und es fällt den Unternehmerverbänden auch nicht im Traum ein, ihren Mitgliedern die Betätigung für eine bestimmte politische Auffassung zu verbieten. Weil die Gewerkschaftsbürokratie einen solchen Versuch macht, weil sie die tiefsten Ursachen der gegenwärtigen Verhältnisse